

Merkburger Tageblatt

(Preisblatt)

Abonnementpreis für den Halbjahrpreis 10 Mk., für den Vierteljahrpreis 5 Mk., für den Monatspreis 1,80 Mk. (Postgebühren inbegriffen). — Einzelhefte 10 Pf. — **Abdruckgebühren** für den Halbjahrpreis 10 Mk., für den Vierteljahrpreis 5 Mk., für den Monatspreis 1,80 Mk. (Postgebühren inbegriffen). — **Abdruckgebühren** für den Halbjahrpreis 10 Mk., für den Vierteljahrpreis 5 Mk., für den Monatspreis 1,80 Mk. (Postgebühren inbegriffen).

Anzeigenpreis für den Halbjahrpreis 10 Mk., für den Vierteljahrpreis 5 Mk., für den Monatspreis 1,80 Mk. (Postgebühren inbegriffen). — Einzelhefte 10 Pf. — **Abdruckgebühren** für den Halbjahrpreis 10 Mk., für den Vierteljahrpreis 5 Mk., für den Monatspreis 1,80 Mk. (Postgebühren inbegriffen).

Unparteiische Zeitung für die Stadt u. Kreis Merseburg

Nr. 251

Dienstag, den 26. Oktober 1926

166. Jahrgang

Wachsendes Anlehen Deutschlands in Amerika Ein „Deutscher Tag“ in Newyork. — Barnes gegen die Kriegsschuldfrage

Newyork, 26. Okt. Auf einem von der Deutschen Gesellschaft veranstalteten „Deutschen Abend“ hielt Professor Barnes von Smith College einen ausführlichen Vortrag über das Kriegsschuldproblem, das er auf Grund von Dokumenten und Tatsachenmaterial anaphorisch. Er bezeichnete den Friedensvertrag von Versailles als ungerecht und wirtschaftlich unausführbar und verlangte Rückkehr zu den vierzehn Punkten Wilsons und einer im Einklang mit ihnen stehenden Wiederaufbau Europas. Barnes erklärte, die Frage der Kriegsschuld müsse unter Aufhebung nationaler Schranken behandelt werden.

Die gegenwärtige Lage Europas habe ihre Ursache im Versailler Frieden und in der Fehle von der Allein Schuld Deutschlands. Diese Frage könne angeht ihrer Bedeutung für die Lage in Europa nicht übergangen werden. Barnes strich die Kriegsschuld von verschiedenen Gesichtspunkten aus und erklärte, sowohl Militarismus und Nationalismus, als Militarismus in Betracht kämen, verziele die Schuld auf alle Länder. Dagegen gelte hinsichtlich der diplomatischen Entwicklung von 1870 bis 1912 Barnes behauptete, daß die diplomatischen Ereignisse von 1912 bis 1914 und führte unter Hinweis auf die französische Politik gegenüber Ausland aus, für diesen Zeitraum seien Frankreich und Ausland allein verantwortlich.

Ihr Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand bemerke er, gewisse Kräfte in England und Serbien hätten am den Mordplan gewirkt.

England habe den Krieg gewollt und Frankreich habe es unterlassen, England zurückzuhalten. Deutschland und England seien 1914 die einzigen Länder gewesen, die den Krieg nicht gewollt hätten.

Barnes äußerte sich dann über die ausstehende Zahlung des Zins und ermahnte die Deutschen und Deutschamerikaner, geduldig abzuwarten und extreme Erklärungen zu vermeiden.

Der Tatbestand verhoffentlich selbst schließlich Geltung.

Der unter den Auspizien der vereinigten deutschen Gesellschaften und unter sehr großer Teilnahme der Bevölkerung im Refektorium stattfindenden Fester mochten zum erstenmal Vertreter der Bundesmarine und des Bundesheeres sein. Admiral Lunke, Kommandeur des 3. Marinebataillons, vertrat die Marine, Major Johnson von Stabe des Generals Sumner vom Fliegerkorps der ersten Brigade, von ihren Stabschef, sämtlichen Lunke die Ziele der Fester, Johnson die deutsche Kunst und Wissenschaft und die Kraft der deutschen Waise. Bürgermeister Walker feierte die Bürgergenossen der Deutschamerikaner. Er erklärte, ihn interessiere nicht, was General Sombold im 20. Jahrgang vollbracht hätte.

Die Generalversammlung deutscher Abkunft dienten nicht den beiden Interessen Amerikas.

Er wies auf die Gefahr hin, die seine Frau in Deutschland genossen habe und meinte unter scherzhafter Anspielung auf das Prohibitionsgesetz und auf die von Frau Walker in Hamburg vorgenommene Schiffstaufe: Seine Frau ging nach Deutschland, um eine Flasche zu verschlingen. Bäre sie nicht, so hätte sie die Flasche nicht verschluckt, sondern mitgebracht.

Richter Eberwager wies in seiner in deutscher Sprache gehaltenen Rede auf die neuerrichtete

Bezeichnung für die deutsch-amerikanische Sache hin und sagte: Die Deutschamerikaner kämpfen wieder mit offenem Biss für deutsche Kultur und treten aus der Defensive in die Offensive. Er gab die Hoffnung zu, daß die deutschen Amerikaner, die amerikanischen Missionen zurückzuführen und lösch einen Protest gegen die geplante Beschränkung der deutschen Einwanderung vor. Die Anwesenden billigten einstimmig seine Anregung.

Graf Vachner, Kommandant der „Baterland“, sprach dann über seine Mission. rische Bürger. Nicht die Mutterfrage, sondern das Gefühl machte zu Nationen. Die Zeiten seien vorbei, in denen man nur diejenigen für Patrioten gehalten habe, die ungarisch sprachen. In Ungarn sei niemanden der Gebrauch seiner Muttersprache verwehrt. Die Erhaltung des nationalen Charakters der Minderheiten sei das Ziel der ungarischen Regierung, wie das die Verordnung von 1925 beweise.

Der belgische Frank stabilisiert. 100-Millionen-Dollar-Anleihe für Belgien.

Brüssel, 25. Okt. In dem gestern abend unter Vorsitz des Königs abgehaltenen Ministerrat unterrichtet der belgische Finanzminister Franquart den Ministerrat über die Ergebnisse seiner Londoner Verhandlungen. Er berichtete über das Zustandekommen einer langfristigen Stabilisierungsanleihe in Höhe von 100 Millionen Dollar und teilte mit, daß der belgische Nationalbank von einer Gruppe von Emittenten gebildet worden. Der Minister rat genehmigte jedoch

1. eine Konvention zwischen dem Staat und der belgischen Nationalbank,
2. eine Verordnung zur Änderung der Statuten der Nationalbank und
3. eine künftige Verordnung über die Stabilisierung der Währung. Die Konvention und die Verordnungen werden heute im Amtsblatt veröffentlicht werden.

Die aus guttunrichtiger Quelle verlautet, ist die Stabilisierungsanleihe von 100 Millionen Dollar auf 30 Jahre bei einem Zinsfuß von 7,5 Prozent zuzüglich einer Tilgungsquote von 1 Prozent abgeduldet worden. Außerdem sind für die belgische Nationalbank Kredite in Höhe von 25 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt worden. Der Stabilisierungsfonds wird 174,31 Frank für ein Pfund Sterling betragen. Was die Statuten der Nationalbank anbelangt, so wird man die Deckung in Gold oder goldgleichwertigen Devisen auf 50 Prozent festlegen. An der Gestaltung der Kredite hat sich u. a. die Reichsbank beteiligt.

Eine neue Währungseinheit.

Von der belgischen Telegraphenagentur wird zu der Stabilisierung folgende Mitteilung verbreitet: „Um die Aufmerksamkeit des Auslandes auf die Aufgabe zu lenken, daß die belgischen Geldverhältnisse nunmehr sanfter sind, und zwar auf Grund einer Gold- oder Devisenreserve von mindestens 50 Prozent, von denen 40 Prozent die gesetzliche und 10 Prozent die Ergänzungsreserve bilden, war ein äußeres Zeichen notwendig, das den Unterschied zwischen der bisherigen und der künftigen Währung offenbar macht. Die zu Rate gezogenen höchsten Finanzautoritäten waren der Meinung, daß man die Finanzsysteme beibehalten sollte, daß man aber das Geld nach einer Einheit von 5 Frank zählen sollte, der man den Namen „Belga“ bei-

Segen Reichswehr und Rechtsverbände.

Unsere Verjährungspolitiker haben augenblicklich wieder einmal einen schlechten Streich zu verzeichnen. In den neuesten Beschlüssen der Reichswehrkommission hat die Entschuldigungsfrage im Zusammenhang mit den sonstigen Forderungen der parlamentarischen Kontrollkommission wieder mal eine erhebliche Rolle gespielt, die durchaus nicht mit der Politik in Einklang zu bringen ist, die angeblich die Regierungen der Entente einzuleiten gewillt sein sollen. Dazu kommt noch jene von französischen Vätern vor allem aufgenommene, aber augenblicklich im Inland selbst ihren Abbruch habende Maßlose Rede gegen die vaterländischen Verbände.

Seine famose Genfer Abrüstungskommission, in der die Volltreffer französischen Jagdfliegens, wie ihn Nationalisten und Generalität in Frankreich zielbewußt vertrieben, hat ein färges gerat und die Annahme der Rede durchgeleitet, daß Verbände aller Art, die ohne Maßnahmenmaßnahmen verwendet werden können, in die Friedensbestimmungen einbezogen worden — während die Einbringung der militärisch ausgebildeten Wehrwesen des Heeres in Genf ebenfalls abgelehnt worden ist. Wenn in diesem Zusammenhang die Partier nationalistische Presse es sich angelegen sein läßt, die Meldung zu verbreiten, daß die Politik von Vornovo, Genf und Thoiry endgültig in die Brüche gegangen sei, so gerührt man den Eindruck, daß diese Festschaltung nicht einmal die wärrig unrichtige Darstellung wiederholt, was der Tat muß doch ein allen deutliche Zutreffen gegenüber berartig klar betontes Unbehagen den Eindruck hervorbringen, als ob jene alte von Vornovo gepflegte Geist der rüchichtslosen Unterdrückung Deutschlands, vor allem in Frankreich, das Übergeordnet geworden hat.

Nun hat ja von jeder jener Kreis der unverantwortlichen Kapitalisten, jener Demokraten und Sozialisten, die unter bewußter Missachtung vaterländischer Interessen den wenig erfindlichen Dumm zum Zeit auch bezahlter Demagogen gespielt haben, der Entente in allen sich auf unsere Landesverteidigung beziehender Angelegenheiten die geeigneten Vorkammandienste geleistet. Diese in ihrer landesverräterischen Haltung so wenig fruchtlosen „Republikaner“ glauben, und vielleicht nicht mit Unrecht, daß ihnen die gegenwärtige Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen für ihre beiderseitigen Zwecke den günstigsten Einfall bietet. Ein Zurückfallen gegen Reichswehr und vaterländische Verbände ist eröffnet worden und soll im Vordergrund der politischen Kämpfe des kommenden Jahres stehen, bei denen General v. Seeckt's Entlassung, nur die Einleitung gab. Der Geist des Reichstages soll der herrschende werden und die Reichswehr den Charakter eines Parlamentsheeres erhalten, das jeder politischen Beeinflussung offenliegen soll. Darum diese Propaganda der Deutschen Friedensliga mit ihren ebenso unbedrücklichen wie gefährlichen Verleumdungen der deutschen Landesverteidigung. Darum auch die Veröffentlichung des sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten's Rede über die republikanische Haltung unserer Reichswehr. Vom „Vornovo“ bis zur „Frankfurter Zeitung“ heißt der Wärrerand der Demokraten und Sozialdemokraten wieder von dem schamlossten Verleumdungen. Die Kontrollkommission aber läßt es sich, erneut über diese deutsche Missetat, angelegen sein, Deutschland als der Aufrüstung verdrängbar, vor aller Welt hinzustellen, um so die Vorbereitung der Versailler Entschuldigungsbestimmungen und der Kontrollfähigkeit herbeizuführen.

legen würde. Es versteht sich von selbst und der königliche Erlaß wiederholt es formell, daß die Berechnung in Belgien den Garantien oder dem gesetzlichen Werte des Frank keinen Abbruch tut, und daß 5 Frank stets gegen 1 Belga umgewandelt oder verrecknet werden und umgekehrt. Da die Festigkeit des Wechselkurses für die Reform wesentlich ist, bildet die Belga eine Garantie mehr für die Stabilität der Währung.

Ein Zwischenfall in Kaiserslautern.

Kaiserslautern, 25. Okt. Am Sonntagabend gegen 8,30 Uhr wurde ein Polizeiamt, die sich auf dem Demweg befand, von einem französischen Soldaten überfallen. Die Beamten legte sich heftig zur Wehr und konnte schließlich laut um Hilfe rufen. Der Soldat ließ darauf von ihr ab und flüchtete. Deutsche und französische Polizei erschien kurz darauf am Tatort, wo die Beamten der Überfallenen vorzufinden wurden und Spuren des Kampfes noch zu erkennen waren. Die französische Befehlshaberbehörde wurde von dem Vorfall in Kenntnis gesetzt. Bei dem Sonntagabend wurden der Überfallenen die Missetat zerrissen. Die Ermittlungen sind im Gange.

Kein Erzbergermörder verhaftet.

Paris, 25. Okt. Nach Erfundungen der „Agence Havas“ im Mühlbau ist bei keiner der in Frage kommenden arbeitslosen Stellen, einschließlich Pariser und Genfer, etwas von der Verhaftung eines angeblichen Erzbergermörders bekannt.

Eine erregte Unterhaus-Debatte.

London, 25. Okt. Das Unterhaus trat heute zusammen, um über die Verlängerung des Ausnahmezustandes zu beraten. Der Regierungsantrag, den Ausnahmezustand um weitere vier Wochen zu verlängern, wurde von der Oppositionspartei mit ungeheuren Gängen angenommen. Zu den Reden der Arbeiterpartei trat zum Ausdruck, daß es jetzt die erste Pflicht der Regierung sei, im Vergleichstreit zu intervenieren und sich zu entscheiden, ob sie noch das nationale Wohlfahrten gutheißt oder für britische Wohlfahrten einträte.

Die kenscherlichen Redner warnten die Regierung vor einer Intervention und wiesen auf die Tatsache hin, daß schon ein Viertel der Streikenden die Arbeit wieder aufgenommen hätte. Lieberdes könne man mit einem verfahrenen Widerstand der Bergarbeiter rechnen, da die Streiklisten für die Lebensdauer der Arbeiterbevölkerung immer katastrophaler wären. Ein weiterer Anhalt sollte der schon 25 Prozent mehr als normal. Auch die Streikliste erhöhte sich. Dazu käme noch, daß verhängende Nervenverwaltungen die Familien der Streikenden nicht mehr unterstützen. Die Red des Volkes schreie nach dem Ende des Streikes.

Ministerpräsident Baldwin ergriff darauf das Wort zu einer längeren Erklärung. Wenn der Bergarbeiterstreik noch nicht beendet sei, treffe die Regierung keine Schuld. Diese liege bei den streikenden Parteien. Die Gewerkschaften hätten sich freizügig und nicht den Namen, als sie die Streikpartei-Konferenz abgelehnt hätten. Die Bergarbeiterführer hätten nicht die Berechtigung, den Streik ins Verhängnis zu führen. Nach so vielen ergebnislosen Verhandlungen sei nichts verlorener, als jetzt durch eine neue Intervention alle Friedensmöglichkeiten lahm zu legen. Die Regierung werde nicht mehr intervenieren.

Lord George kritisierte die Regierung an und behauptete, daß sie sich völlig in den Händen der Gewerkschaften befände. Es sei völlig unbegründet, daß die Regierung nicht mehr Fähigkeiten aufwende, um von sich aus dem Streik zum Ende zu bringen.

Der Bergarbeiterstreik sollte heute schon dem Volke die Summe von 485 Millionen Pfund (neun Milliarden Mark).

Der Bergarbeiterstreik sei nicht zu erziehen, wenn die Gewerkschaften wieder die Bergarbeiter auf die Knie zu zwingen versuchten.

Graf Bethlen über die Deutschstammfrage.

Budapest, 26. Okt. Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen empfing am Montag eine deutsche Abordnung, die er in deutscher Sprache begrüßte und der er eine wichtige Erklärung über die Stellung der ungarischen Regierung zum Deutschstum gab. Hiernach betonte er, daß die Deutschen bewilligen hätten, daß sie bereit wären, im Verein mit der ungarischen Mehrheit des Landes zu dessen Gedeihen mitzuarbeiten. Trotz deutscher Junge seien sie ganz ungar-

General Hege an die süpprußischen Truppen

Wienberg, 25. Okt. Der neue Chef der Seeresleitung, Generalleutnant Hege, hat sich mit folgendem Erlaß von den Truppen des Westkreises I verabschiedet:

„Zum Chef der Seeresleitung ernannt, gilt es für mich, Abchied zu nehmen von meiner beehrten ersten Division und dem Westkreise I. Drei Jahre hindurch war es mir verordnet, an der Spitze der Truppen in Ostpreußen zu stehen, eine Zeit, in der aus schwerer wirtschaftlicher Not sich der allmähliche Aufstieg unseres geliebten Vaterlandes wieder anbahnte. Ich weiß, welche Leistungen, getragen von der Kraft treuerlicher Hingabe und hochwürdiger Dienstverpflichtung, in dieser Zeit von Offizieren, Unteroffizieren und Mann, von Beamten und Angehörigen vollbracht worden sind. In dem Bewußtsein, daß ich diesen vorzüglichen Leistungen in erlerter Linie meine Berufung auf den neuen verantwortungsvollen Posten verdanke, ist es mir ein tief empfundenes Bedürfnis, Euch allen, Kameraden, noch einmal meine Anerkennung, meinen warmen Dank auszusprechen. In der Trennung stünde freudig die Gewißheit, daß ich auch in meiner neuen Stellung mit Euch fest verbunden bleibe. Ich bin gewiß, daß der Westkreis I wie bisher, so auch in Zukunft seine Pflicht im Großen und im Kleinen, in allen wie in bösen Tagen erfüllen wird. Wohlwollende Beziehungen zu preussischen Soldaten! Zeit stets eingedenk, daß Euer Platz in unserer vom Vaterland abgegrenzten Provinz ein bevorzugter ist, daß Ihr aber auch jeder Zeit bereit sein müßt — auf Euch selbst gestellt — bis zum letzten Mann einzutreten für Freiheit und Bestand Eurer wunderbaren Heimat!“

Nachmalige Verhandlungen um Chorow?

Das nachmalige Amt hat die polnische Note über die Entscheidung der Chorow von dem polnischen Standpunkt aus betrachtet, das es weder die Entscheidung übergeben noch an die durch das Gauger Stadtschreiben wieder in ihre Rechte eingeleiteten Mitglieder eine Entscheidung zahlen will. Die polnische Regierung bietet aber Verhandlungen an, und die deutsche Regierung scheint geneigt zu sein, solche Verhandlungen förmlich einzuleiten. Die Verhandlungen in den juristischen Fragen zwischen Polen und der deutschen Regierung so groß sind, daß die Verhandlungen kaum zu einer Einigung führen können.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Einmütige Forderung auf Revision des Gasttarifs.

Merseburg, 26. Oktober.
In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten wurde zunächst die Einführung von drei neuen Stadtverordneten vorgenommen. An Stelle der ausgeschiedenen Herren Schäfer und Engel, Deutscher, und Herrmann (Deutsche Volksp.) wurden die Herren Zeilmann und Kamprad (Deutscher) und Weder (Deutsche Volksp.) als Mitglieder des Stadtverordnetenkollegiums vom Oberbürgermeister verpflichtet und zum Stadtverordneter ernannt. In einer Verlesungsrede behandelte Herr Zeilmann die Angelegenheit der Revision des Gasttarifs. Er erklärte, daß der Gasttarif (Stamm) kein Mandat niederlegt hat. Darauf wurden die Ergebnisse an den Deputationen und Kommissionen für die ausgeschiedenen Stadtverordneten vorgenommen. Am wichtigsten wurden die neu eingetretenen Herren zur Wahl vorgeschlagen und beauftragt. Weiter eine Besondere Erwähnung bezüglich der Straßen- und Anlagenerweiterung der Erberblosen kam es zu einer längeren Aussprache zwischen den Sozialdemokraten und dem Magistrat, da nach Ansicht des Stadtschreibers die Fassung des Gesetzes nicht klar genug sei. Nach eingehender Besprechung durch Herrn Zeilmann und Herrmann, die Sozialdemokraten die Verordnung richtig erfaßt und gegen ihre Einwände juristisch.

Die Wahl der Beisitzer und Stellvertreter für das Bier- und Gasttarifamt wurde verlesen. Über den nächsten Punkt der Tagesordnung, Anlegung eines Bürgersteiges an der Westseite der Westendstraße entlang des Mühlentores, berichtete Stadtschreiber, Krüger, der beantragte, die Kosten von 2300 Mk. hierfür zu bewilligen. Die Stadtschreiber (Volksp.) und Krüger (Volksp.) brachten bei dieser Gelegenheit ihre Wünsche bezüglich der Befestigung des Straßenrandes an, andere, ebenfalls berechtigende, werden der Stadt vor, besonders wurde der Ausbau der Straße vom „Herzog Christian“ bis zum Bürgergarten beantragt. Dem Antrage des Berichterstatters wurde stattgegeben.

An ausführlicher Weise berichtete Stadtschreiber über die Umsetzung des Geländes an der Gledbauer- und Gledbauerstraße. Die hierfür entstehenden Kosten von 10.500 Mk. wurden bewilligt.

Anfang eines Automobilschlusses.
Stadtschreiber berichtete über den Antrag der Magistratskommission, 23.000 Mk. für den Ausbau des Autostandes im Hofwege zu bewilligen. Er machte davon Mitteilung, daß noch keine Entscheidung für eine bestimmte Lieferfirma gefallen sei, da inzwischen ein weiteres günstiges Angebot eingegangen sei.

Stadtschreiber stellte den Antrag, die Summe bereit zu stellen, vor dem Erwerb des Automobilschlusses jedoch eine Konturenvorführung zu veranlassen unter Einziehung des Branddirektors Schulz von der Stadtkasse. Oberbürgermeister Herzog erklärte hierzu, daß noch Magistrat auch die Brandarbeiten bereits im engeren Einvernehmen mit der Feuerlöschdeputation geleistet worden sind und daß in der von Herrn Krüger vorgeschlagene Weise Verfahren würde.

Für die kommunizistische Fraktion erklärte Stadtschreiber, daß man zustimme, man wünsche aber die Einmütigkeit von Berufsfeuerwehren. Nach der jetzigen Anordnung ist unzulässig, daß ein Feuerwehrgesetz nicht nach dem Beispiel anderer Städte Feuerlöschdeputationsaufstellung werden könnten.

Stadtschreiber äußerte dazu, daß über die Alarmeinrichtung schon fast langem debattiert werde. Man plane jetzt die Aufführung einiger weiterer Streifen, da die Finanzen bis auf weiteres den Einbau der elektrischen Alarmeinrichtungen nicht gestatten.

Stadtschreiber schiederte seine Einträge bei der Bewilligung der Feuerlöschgeräte in Berlin und meinte ebenfalls, daß die Einrichtung von Alarmeinrichtungen vorläufig zurückgestellt werden muß. In der großen Sitzung erklärte er, daß die Feuerwehrgesetze bis jetzt immer noch zu früh dagesseien.

Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.

Über den nächsten Punkt der Tagesordnung, Umordnung des Tages der Mittelhilfe, berichtete Stadtschreiber. Die Kosten von 4000 Mk. wurden bewilligt.

Beim Antrage auf einen weiteren Straßennamen im südlichen Stadtteil, wovon Stadtschreiber berichtete, kritisierte Stadtschreiber, daß bereits fast schon Umbauen nötig seien. Er wurde vom Oberbürgermeister und vom Stadtschreiber dahingehend aufgeführt, daß früher bereits vorgeschlagen war, bei geplanter Inanspruchnahme des Schachhofes, die Straße umzuordnen, was wiederum einstimmig mit den Bedauern der Stadt angenommen worden.

Juangriffnahme des Ostler-Saale-Kanalbaues

Dresden, 25. Okt. Auf dringendes Ergehen der sächsischen Regierung hat sich die Reichsregierung einverstanden erklärt, daß der Ostler-Saale-Kanal gleichzeitig mit dem Mittelkanalbau in Angriff genommen wird. Die erste Teilstrecke des Ostler-Saale-Kanals von Leipzig bis zur preussischen Grenze ist etwa acht Kilometer lang und wird Beschäftigung für rund 1000 Erwerbslose bieten. Neben diesem Kanalbau ist auch mit der Aufnahme des Leipziger Saalekanals zu rechnen.

Der Reichspräsident amnestiert Dr. Jänike

Jänike tritt in den preussischen Staatsdienst über.
Der Reichspräsident hat auf Grund einer Verordnung über Amnestien zur Wahrung von Disziplinargesetzen für Reichsbeamte, im Hinblick auf die Amnestie vom August 1925, das gegen den Schmeigeborn des verstorbenen Reichspräsidenten Coer, Jänike, gefällte Disziplinarurteil auf Zahlung eines Betrages in Höhe von einem Drittel seines Monatsgehaltens, an dem entsprechenden Betrag dem Disziplinarurteil gleichfalls ansprechende Beförderung somit infolge nicht mehr in Frage, als am 1. November Dr. Jänike aus dem diplomatischen Dienst austritt und in die preussische Verwaltung übergeht.

Bildungsbüros Vorgehen gegen die Opposition.

Wiesbaden, 26. Okt. Reichsbildungsbüro hat sich am Montag zusammen mit Justizminister Wüstrowitz nach Wiesbaden, um das Größtmögliche im Kampfe gegen die Bildungsbüros gefallenen Adjunkten fürst Stanislaus Kasimirus mit einem militärischen Ehrenkreuz zu dekorieren. Bildungsbüro hat in dieser Weise sämtliche Vertreter der Aristokratie und des Großgrundbesitzes gelobt. In hiesigen politischen Kreisen schreibt man dieser demonstrativen Ausdehnung Bildungsbüros weitgehende politische Bedeutung zu. Man nimmt an, daß er mit diesen Vorgehen die Bildungsbüros, obwohl die entscheidenden Schläge der Nationaldemokratie zu richten. Seine Pflicht, so sagt man, bestehe darin, die Aristokratie und das Großgrundbesitzes von der Nationaldemokratie loszulösen.

Ein Gaspreisdebatte.

Stadtschreiber berichtet über die Gemin- und Verleumdung der Stadtschreiber Werte. Diese Vorlage ist bereits eingehend in unserer Zeitung behandelt worden. Stadtschreiber Freiberger (Deutsche Volksp.) beantragte die Neuregelung des Gaspreises, die auf Kosten der Kleinabnehmer erfolgt sei. Er habe gehört, daß zugewandte die Gaslieferung abgehört worden sei. Er wunderte sich, daß ein enorm hoher Gasverbrauch von 20 Prozent angegeben sei, da ihn doch keine Verbraucher hätten, daß nur 8-10 Prozent Verlust normal sei. Man werde sich künftige Fragen müssen, ob es nicht besser sei, die Stadtschreiber Werte wieder in rein städtische Regie zu übernehmen und auf die Welt der Wirtschaft der Stadtverordneten zu ermöglichen. Auch die Preise für den elektrischen Strom seien zu ungünstigen der Kleinabnehmer festgelegt. Das würde dazu führen, daß auch hier viele ihre Anschlüsse aufgeben werden. Ferner regte er noch die Einrichtung einer Beschnahmestelle im Verkaufsbüro der Stadtschreiber Werte an.

Stadtschreiber Grimm (Soz.) kritisierte in ähnlicher Weise die Tarifpolitik des Gaswerks und beantragte, den gesamten Lieberbusch des Elektrizitätswerks einem Neubaufonds zu überweisen.

Stadtschreiber Wiegand beantragte, daß der jetzt für durchgehende Zari gerade den Kleinabnehmern Vorteile bringen soll. Grundlag sei, daß die städtischen Werte sich selbst tragen sollen. Der Gasverlust läge an dem veralteten Höhenzylinder, das nach und nach erneuert würde.

Stadtschreiber Burg (Stamm) stellte eine Reihe von Anträgen, die aber unter einer Inanspruchnahme von allen Parteien zurückgewiesen wurden.

Stadtschreiber Koch (Stamm) fragte an, ob es nicht möglich sei, die umliegenden Gemeinden mit an der Versorgung durch die städtischen Werte anzuschließen.

Stadtschreiber Kampf (Soz.) entgegnete, daß dieses aus finanziellen Gründen nicht möglich sei. Für Gas für 8 Pfg. für Strom 5 Pfg. und für Wasser 2 Pfg. zahlen.

Stadtschreiber Wiegand gab die Mitteilung, daß das billige Gas in Wiesen dafür aber nur den halben Heizwert habe.

Stadtschreiber Schwaner stellte sich ebenfalls auf den Standpunkt, daß der Magistrat eine Nachprüfung des Gasttarifs vornehmen müsse, weil tariflich unzulässige Wirkungen erzielt würden. Im übrigen müsse an den Anträgen des Magistrats festgehalten werden, besonders bei der Verwendung des Lieberbusches vom Elektrizitätswerk. Die 100.000 Mk. seien bereits in den Etat für 1926 eingesetzt worden, und dieser Etat habe nach vielfachen Vertagungen nun endlich seine Genehmigung gefunden. Wenn sich für den Antrag der Sozialdemokraten eine Mehrheit finden würde, so würde man wieder zu einer Klage des Magistrats vor dem Verwaltungsgericht gegen den Beschluß der Stadtverordneten kommen, und es sei gar nicht daran zu zweifeln, daß der Magistrat recht bestände.

Oberbürgermeister Herzog gab im Namen des Departements die Erklärung ab, daß der Gasttarif einer Überprüfung unterzogen werden soll. Außerdem sagte er klar, daß von allen Parteien prinzipiell bisher der Standpunkt vertreten wurde, daß die städtischen Werte bei kaufmännischer Verwaltung aus mit zu den allgemeinen Lasten der Stadt herangezogen werden müßten.

Nach einer weiteren Auseinandersetzung zwischen den Stadtverordneten Freiberger und Krüger schritt man zur Abstimmung.

Einstimmig wurde der Antrag angenommen, daß ein neuer Gasttarif ausgearbeitet werden soll, in der die ausgedehnten Härten vermieden werden müssen.

Unter Ablehnung der kommunizistischen Anträge wurde den Anträgen des Magistrats gegen die Stimmen der Linken zugestimmt.

Einleitend fand noch eine kurze geheime Sitzung statt.

Hilfreich sei der Mensch

Dresden sagt Orlan! Der schwarze Signalhaß hängt schon seit Tagen ununterbrochen am Rande der Sturmwarnung in Nord- und Ostsee. Hohe gemaltige Wasserberge wölbt der Sturm der sich her, alles zerstörend, was hindern im Wege liegt. Auf See und an den Küsten fordert der blanke Damm seine Opfer. Ständig laufen von den verschiedenen Küstenplätzen. Nachrichten über Schiffstragungen, Untergängen an den Küsten und Rettungen aus Seenot ein. Viele Küstengebiete sind durch Beschädigung von den unaufhaltbar wogenden Fluten überflutet, Menschen und Tiere unter sich begraben.

Bei den Rettungsaktionen der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, die von Vortum bis Remel, die Nord- und Ostsee in dieser Reihenfolge besetzt halten, stehen in diesen Zeiten tapfere Männer in fester Bereitschaft Wade, entschlossen, mutig ihr Leben einzusetzen, wenn der Ruf ertönt: „Schiff in Not“ und wenn es gilt, Menschenleben aus Not und Gefahr zu retten.

Deutsche Männer und Frauen, gebente Eurer Brüder und Schwestern in Seenot, indem Ihr der so fernliegenden Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger als Mitglieder beitrete. Vor dem Kriege erhielt die Gesellschaft auch jährliche größere Gaben, mit denen jetzt kaum noch rechnen kann. Umlomere kommt es darauf an, daß sie sich jetzt auf breite Kreise aus dem gesamten deutschen Volkstümlich fann, und ein Beitrag von etwa 3 Mark jährlich wird gewiß von vielen noch gern übernommen.

Anmeldungen sowie auch geringe Jahresbeiträge nimmt Herr Max Seibide, Merseburger, Gottschalkstraße 15, oder die Hauptgeschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger in Bremen, Martinststraße 41, dankbar entgegen.

Verunfallte Fuhrer. In der Kulmbitzerstraße stürzte gestern gegen 3 Uhr furs vor dem Güterbahnhof ein mit Stroh beladener Wagen eines unbedarften Landwärters an und stieß auf den Fußweg der dortigen Arbeiter. Die Folgen sind, diesen ganz verberbernd. Menschen und Ferkel kamen glücklicherweise nicht zu Schaden. Durch Umladen auf einen anderen Wagen wurde das Hindernis nach zwei Stunden wieder beseitigt.

Das Volkspolitische Komitee am Sonntagabend hatte die Stadtschreiber Ritter ein Außerordentliches freundschaftliches zur Verfügung gestellt. Die Begleitung zu den Kindern des Herrn Kammerherrn Rabe hatte Herr Kammerherr Kewonig übernommen. Er läßt seine Aufmerksamkeit, daß ein Kammerherr Rabe besonders ansieht.

Schönheit für Wähler. Die Schönheit für Wähler, Wähler und städtische Wähler beginnt für den Umfang des Regierungsbezirks Merseburg mit Ablauf des 16. November 1926. Die Schönheit für Wähler und Trüben wird für den Umfang des Regierungsbezirks Merseburg auf das ganze Jahr ausgedehnt. Die Schönheit für Wähler wird vom Bezirksamt bis 31. Oktober 3. ausgeht und ihr erneuter Beginn auf den 1. Mai 1927 festsetzt.

Die Ausstellung im „Neuen Schauspielhaus“ wird eröffnet am Mittwoch, den 27. Oktober, 6.30 Uhr nachmittags, durch eine Verlesungsrede des Vereinsvorsitzenden und durch eine Eröffnungsrede des Direktors, Herrn Oberbürgermeisters Herzog. Ferner wird Herr Direktor: G. J. Jena, ab 7 Uhr einen Vortrag über die Entwicklung und Zukunft des Rundfunkwesens halten. (Siehe auch das Inserat in der heutigen Nummer.)

Warum Kirchensteuer? Es ist ein erhellendes Zeichen, das nachdenklichen Verständnis für die Aufgaben unserer evangelischen Kirche, daß man die Kirchensteuer als eine Selbstverständlichkeit empfindet. Die Kirche ist ein Organismus und hat einen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben. Dieses ist in ihr geschehen und wird von der Kirchensteuer aufzubringen. So sind z. B. durch unsere Krankenhäuser aus freiwilligen Mitteln entstanden, 22.500 Diakonissen im evangelischen Deutschland helfen sich den Lebensunterhalt zur Verfügung, ohne nach bedürftigen zu fragen. Das große Werk der Arbeiter der Inneren Mission steht zu einem großen Teil außerhalb des Kirchensteuerbereichs. Hier liegen Wohlthäter vor, die die Gemeindepflicht erfüllt, ohne daß sie mit einer Sondersteuer dafür herangezogen wird. Die Kirchensteuer ist noch immer eine Ausgabe, die sich bei der Gemeindepflicht nicht darauf hingewiesen, daß das Land evangelisch ist und aufbauend erweitert.

Wenig evangelische Pfarrstellen gibt es in Dresden? Gegenüber phantastischen Zahlen, die mehr als den doppelten Bestand angeben, ist auf Grund des statistischen Jahresbuches über die evangelischen Kirchen festzustellen, daß es am 31. Dezember 1924 nur 9150 Anhaber evangelischer Pfarrstellen gab; dazu kommen die Stellen von Hilfsgeistlichen und von 367. 592 Pfarrstellen sind überhaupt nicht besetzt.

Wetterverhältnisse. Für das mittlere Norddeutsche Land: noch nicht bewillt, etwas windig bei wenig veränderter Temperatur, Niederschlagsneigung besteht fort. Für das übrige Deutschland: überall unbeständig, kühl und windig, frühweiser Niederschlag.

Stadtkonzepte hülle

Aus dem Büro des Stadtkonzepts wird uns geschrieben: Zur Krautausführung von Hans J. Reiffisch's „Kraut“, die morgen, Mittwoch, stattfindet, hat sich eine große Anzahl auswärtiger Preisverleiher angemeldet. Auch der Autor wohnt der Aufführung bei. Beschäftigt ist das gesamte Kolonialpersonal des Schauspielers; Regie: Jochen Dietrich. Es wird darauf hingewiesen, daß das Stück wegen seiner Schilderung sozialer Großstadtsünde für Jugendliche nicht geeignet ist.

Das Tagesspiel von Riddy Impefaven am Donnerstag gibt dem hiesigen Publikum Gelegenheit, nach den bisher hartgeunden Tagdarstellungen nun auch die fernen zu erleben. Die in der geborenen Fassung, die große Regie, die nicht Originalität, nicht, sondern original ist, schreibt ein großes Berliner Blatt gelegentlich ihres dortigen Tagesspiels.

